

PARTEIEN UND WAHLEN IN DER TÜRKEI

1. *Die politische Entwicklung der Türkei von 1973 bis Juni 1977*

Die ersten Wahlen, die nach dem Militärputsch von 1971 im Jahre 1973 in der Türkei stattfanden, brachten eine Überraschung mit sich. Denn aus ihnen gingen als Wahlsieger — allerdings nicht mit absoluter Mehrheit — die Sozialdemokraten (C.H.P. = Cumhuriyet Halk Partisi = Republikanische Volkspartei) unter Führung von Bülent Ecevit hervor. Da keine Partei die absolute Mehrheit im Parlament erreicht hatte, entstand zunächst eine dreieinhalb Monate dauernde Regierungskrise. Weder konnten die rechtsorientierten Parteien eine Koalition bilden, noch erklärte sich eine dieser Parteien dazu bereit, mit der CHP zu koalieren. Schließlich stimmte die Heilspartei (MSP = Milli Selamet Partisi), eine islamisch ausgerichtete konservative Partei unter Führung von Professor Necmettin Erbakan, einer Regierungsbildung mit der CHP zu. Allerdings scheiterte diese Koalitionsregierung bereits nach acht Monaten. Ursache hierfür war die Zypernkrise einerseits und andererseits die Diskrepanz zwischen den ökonomischen Konzepten beider Parteien.

Im Anschluß an die Regierung Ecevit kam es zu einer Phase von überparteilichen Regierungen, da sich die Parteien wieder nicht darüber einigen konnten, in welcher Form eine Koalition zu bilden sei. Im April 1975 endlich bildete der Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei (AP = Adalet Partisi), Süleyman Demirel, eine Regierung mit drei Koalitionspartnern: der Heilspartei, der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP = Milliyetçi Harekât Partisi) und der Republikanischen Vertrauenspartei (CGP = Cumhuriyet Güven Partisi).

Während der Regierung dieser "Nationalistischen Front", wie sie sich selbst nannte, von 1975 bis Juni 1977 entstanden immer größere Schwierigkeiten für die Türkei. Diese Zeit ist gekennzeichnet durch heftige Studentenunruhen, insbesondere durch gewalttätige Aktionen von Rechtsextremisten — Anhängern der Nationalistischen Bewegungspartei — und ihren Kommandos, die häufig in blutigen Auseinandersetzungen endeten, von der Regierung nicht nur geduldet, sondern indirekt unterstützt.

Ein weiteres Problem stellte die rapide steigende Inflation dar, die die Türkei an den Rand des ökonomischen Ruins führte. Ab April machte sich ferner das Devisentief verstärkt bemerkbar. "Die schlechte Devisenlage resultiert nach Angaben des in Ankara erscheinenden Informationsdienstes 'Brie-

ding' aus dem unerwartet starken Rückgang des türkischen Exportgeschäftes im ersten Vierteljahr 1977. Hinzu kommen dieschlagartig gestiegenen Rüstungsaufwendungen, die nun wegen des anhaltenden amerikanischen Waffenlieferungsstops in harten Devisen beglichen werden müssen". (Evangelos Antonaros in 'Die Welt', Nr. 121 1977).

Zu diesem, in den letzten Monaten immer deutlicher werdenden Staatsdefizit und den steigenden Auslandsschulden kamen zahlreiche ungeplante, nur für politische Zwecke getätigte Investitionen und etliche Bestechungsfällen, in die auch Regierungsmitglieder verwickelt waren. All diese Faktoren charakterisieren die politische Situation der Türkei vor den Wahlen im Juni 1977.

Zunächst war es zweifelhaft, ob und wie die Wahlen würden stattfinden können, nachdem mehrere Attentate in Mittel — und Ostanatolien gegen B. Ecevit verübt worden waren und die Demonstration zum 1. Mai zu blutigen Auseinandersetzungen geführt hatte. Insgesamt ist festzustellen, daß der türkische Wahlkampf extrem hart verlaufen ist.

II. Entstehung, Konzeption und Zielsetzung der Parteien, die sich an den Wahlen im Juni 1977 beteiligt haben

Die Türkische Sozialistische Arbeiterpartei, die Sozialistische Revolutionäre Partei, die Partei der Arbeiter, die Nationale Ordnungspartei und die Bevölkerungspartei wurden zu den Wahlen nicht zugelassen, da sie die hierfür erforderlichen Mindestvoraussetzungen nicht erfüllten. Aus diesem Grund kann auf ihre Darstellung verzichtet werden.

Zur Wahl stellten sich acht Parteien, deren Programme und ökonomische Konzepte zum besseren Verständnis der Wahlergebnisse im folgenden kurz skizziert werden.

1. *Türkische Arbeiterpartei, TIP (= Türkiye Is Partisi)* Vorsitzender: Behice Boran.

Die Türkische Arbeiterpartei wirkte nach dem Militärputsch im Jahre 1960 im Parlament mit, wurde jedoch 1971 von dem Militärregime, das im selben Jahr durch einen Putsch die Macht ergriffen hatte, anlässlich einschneidender Verfassungsänderungen verboten. Nach ihrer Neugründung kurz vor den diesjährigen Wahlen bekannte sie sich zur marxistischen Linie. Sie beabsichtigt die Verstaatlichung des Bank — und Versicherungswesens, des Exports und des Imports, und will die Gesetze zur Aussperrung von Arbeitnehmern im Streikfalle aufheben. Ferner stehen die Gründung einer Arbeitslosenversicherung für Arbeiter und Bauern und die Gewährung des Streikrechts

und des Rechts, Gewerkschaften zu gründen für die Beamten in ihrem Programm.

2. *Türkische Gemeinsamkeitspartei*, TBP (= Türkiye Birlik Partisi), Vorsitzender: Mustafa Timisi.

Nachdem die Türkische Gemeinsamkeitspartei zunächst vor einem religiösen Hintergrund gegründet worden war, entwickelte sie sich von 1972 an zu einer linksorientierten Partei.

Ihre Wahlpropaganda basierte im wesentlichen darauf, daß die Republikanische Volkspartei im Falle ihres Wahlsieges gegen den Faschismus in der Türkei nicht genügend Initiative würde entwickeln können, so daß diese Aufgabe der TBP als ebenfalls linksstehender Partei zufiele.

Sowohl die Türkische Arbeiterpartei als auch die Gemeinsamkeitspartei stellten zwar eine Konkurrenz für die CHP dar; da sie sich jedoch nur in wenigen Städten an den Wahlen beteiligten, sprach man ihnen von vornherein keine wesentliche Bedeutung für den Ausgang der Wahl zu, eine Prognose, die durch das Wahlergebnis bestätigt wurde.

3. *Republikanische Vertrauenspartei*, CGP (= Cumhuriyet Güven Partisi), Vorsitzender: Turhan Feyzioglu.

Die Gründung der Republikanischen Vertrauenspartei ist letztlich auf einen Konkurrenzkampf zwischen Professor Feyzioglu, der zunächst der CHP angehörte, und dem damaligen Parteisekretär der CHP, B. Ecevit, zurückzuführen. Nachdem Professor Feyzioglu im Anschluß an gravierende Differenzen mit Ecevit bei den Wahlen zum Parteivorstand eine Niederlage hinnehmen mußte, verließ er Ende der sechziger Jahre mit seinen Anhängern die CHP, um die Republikanische Vertrauenspartei zu gründen.

Nach ihren eigenen Aussagen verfolgt die Partei die kemalistische Linie, wie sie Kemal Atatürk aufgezeigt hat, vermag aber kein ökonomisches Konzept anzubieten.

4. *Demokratische Partei*, DP (= Demokratik Partisi), Vorsitzender: Feruh Bozbeyli.

Bei der Gründung der Demokratischen Partei lassen sich Parallelen zur Gründung der Vertrauenspartei erkennen. Die Demokratische Partei ging aus Konflikten zwischen dem Parteiführer der Gerechtigkeitspartei Süleyman Demirel und einer Gruppe von Parteimitgliedern unter der Führung von Bozbeyli hervor, die sich 1971 von der Partei trennten und die Demokratische Partei gründeten.

Diese vertritt — von zahlreichen Großgrundbesitzern unterstützt — die zur Zeit bestehende feudale Ordnung, verfügt jedoch weder über eine eigene Ideologie noch über eine bestimmte ökonomische Zielsetzung.

Ihre Wahlpropaganda erschöpft sich in der Darstellung von Demirels Bestechungsaffäre und von weiteren Bestechungskandalen, in die Gerechtigkeitsparlamentarier verwickelt sind.

5. *Partei der Nationalistischen Bewegung*, MHP (= Milliyeci Hareket Partisi), Vorsitzender: Alpaslan Türkeş.

Die Partei der Nationalistischen Bewegung, die neo-faschistisch eingestellt ist, strebt in erster Linie nach der Befreiung aller Türkvölker in Asien, speziell in der Sowjetunion. Ihre Ideologie fundiert auf dem Gedanken der Gründung einer Großtürkei.

Die Zielsetzung dieser Partei wird "Nationale Doktrin der Neun Lichter" genannt. (vgl. *Özyönetim* von Prof. Dr. Orhan Türkdogan, 1977, S. 236). Die "Neun Lichter" sind:

- a) Nationalismus
- b) Idealismus
- c) Ehrgefühl
- d) Wissenschaft
- e) Einheit
- f) Bauernschaft
- g) Freiheit und Selbständigkeit
- h) Fortschritt
- i) Industrie

(*Özyönetim* von Prof. Dr. Orhan Türkdogan, 1977, S. 236).

"Als Führer eines großtürkischen Volkes, dessen Stämme sich weit über die Sowjetunion bis in die Mongolei erstrecken, 180 Millionen Menschen umfassend, meldet der heute 60 Jahre alte Oberst Weltmachtansprüche an." (Hans Jürgen Krüger in der F.A.Z. vom 3.6.77 über den Parteivorsitzenden Türkeş).

Als Führer der Nationalistischen Bewegungspartei konnte Oberst Alpaslan Türkeş während der Koalitionszeit mit Demirel seine Jugendorganisation aufbauen und mit Hilfe eines der Partei nahestehenden Gewerkschaftsbundes selbst unter den Arbeitern Fuß fassen.

Als große Gefahr für die türkische Demokratie lehnen die Neo-Faschisten sowohl das marxistische System als auch den Kapitalismus ab. (vgl. *Özyönetim* von Prof. Dr. Orhan Türkdogan, 1977, S. 241).

Statt dessen schlagen sie einen "Dritten Weg" vor, ein Konzept, dem sie indes durch ihren engen Kontakt mit den türkischen Großkapitalisten widersprechen, die während der Regierungszeit der "Nationalistischen Front" ihre spekulativen Gewinne auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten in großem Maße gesteigert haben. Stellt man das Programm der Nationalistischen Bewe-

gungspartei dem der Republikanischen Volkspartei gegenüber, so wird deutlich, daß die MHP das ökonomische Konzept der CHP "Volkssektor" als "Nationalsektor" und das Konzept "Errichtung der Zentraldörfer" als "landwirtschaftliche Zentrale" übernommen und nach eigenem Muster aufgebaut hat. (vgl. *Özyönetim* von Prof. Dr. Orhan Türkdoğan, 1977, S. 260).

"Türkesch baute gleichsam als Privatarmee eine schwerbewaffnete Jugendorganisation auf, deren Mitglieder sich 'Idealisten' (Ülkücüler) oder 'Graue Wölfe' nennen und die 'Ausrottung der roten Anarchie', die Verfolgung von Kommunisten, Freimaurern, Zionisten mit allen Mitteln betreiben. Die 'Kommandos', wie Türkeschs Leibgarde gemeinhin heißt, haben mit Sicherheit das Gros der politischen Morde in der Türkei während der vergangenen Jahre zu verantworten". (*Aufpeitschen und Abknallen* von Olaf Ihlau in der *Süddeutschen Zeitung* vom 24.5.77).

Die MHP, die besonders von Seiten Jugendlicher starken Zuspruch findet, arbeitet intensiv zusammen mit vielen rechtseingestellten Universitätsprofessoren, was die Entwicklung und Verbreitung ihres philosophischen und ökonomischen Konzeptes betrifft.

6. *Nationale Heilspartei*, MSP (= Milli Selamet Partisi), Vorsitzender: Professor Necmettin Erbakan.

Die Heilspartei unter Führung von Professor Erbakan, der in Aachen während des zweiten Weltkrieges promoviert hat, baut ihr Programm auf der Rückkehr des Kalifats und der Reislamisierung der Türkei auf.

Erbakan lehnt alle vertraglichen Bindungen der Türkei mit der westlichen Welt ab, statt dessen will er einen gemeinsamen Wirtschaftsmarkt mit den arabischen Ländern aufbauen und die Industrialisierung der Türkei vorantreiben.

Die Lösungsvorschläge der Partei für Probleme zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und für andere gesellschaftliche Konflikte basieren letztlich auf dem Gedanken der islamischen Brüderschaft. Mit ihren Vorschlägen nach dem Koran will sie die bestehenden Probleme lösen und die Jugend nach islamischen Gesetzen und islamischer Philosophie zu einer neuen Moral erziehen. Zu diesem Zweck gründete sie während der Regierungszeit der "Nationalistischen Front" über dreihundert Islamische Mittelschulen und weitere — nach türkischem Recht nicht zugelassene — "Koran - Schulen" für Kinder zwischen dem vierten und neunten Lebensjahr.

Die Partei sucht ihre Wählerschaft in der Gruppe der kleinen Geschäftsleute in Anatolien einerseits und andererseits in der der stark religiös eingestellten Bauern in den mittelanatolianischen Städten.

7. *Gerechtigkeitspartei*, AP (= Adalet Partisi), Vorsitzender: Süleyman Demirel.

Die Gerechtigkeitspartei, die nach den Wahlen von 1965 und 1969 allein die Regierung hatte bilden können, verlor bei den Wahlen im Jahre 1973 ihre Führungsrolle und konnte sich hinter der Republikanischen Volkspartei nur noch als zweitstärkste Partei behaupten.

“Die Gerechtigkeitspartei, 1961 als Nachfolgerin der aufgelösten Demokratischen Partei Menderes gegründet, verstand sich von Anfang an als Interessenvertreterin der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer.” (Brigitte Heinrich und Jürgen Roth in *Partner Türkei oder Folter für die Freiheit des Westens*, 1973, S. 68).

Demirel legte während seiner Regierungszeit großes Gewicht auf die Zusammenarbeit mit den U.S.A., förderte aber neben ausländischen Investitionen auch die Privatinitiative. Zugleich wuchs auch die militärische Abhängigkeit von den U.S.A. immer mehr, und innerhalb der NATO verpflichtete sich die Türkei, die größte Armee in Europa zu unterhalten. (vgl. Avcioglu, Dogan, in *Türkiyenin Düzeni*, 2. Band, 1971, S. 612).

Das ökonomische Ziel der Gerechtigkeitspartei, die ihre Wähler vorwiegend unter Bauern und Vertretern der Groß- und Kleinbourgeoisie findet, stellt sich letztlich als Unterstützung der türkischen Privatindustrie dar.

8. *Republikanische Volkspartei*, CHP (= Cumhuriyet Halk Partisi), Vorsitzender: Bülent Ecevit.

Das ökonomische Konzept der Republikanischen Volkspartei, die 1973 als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, findet seine Grundlage in einer türkischen Version des “Dritten Weges”, nämlich dem “Volkssektor”.

“Ein wirtschaftspolitisches Konzept mit der Bezeichnung *Volkssektor* wurde zum ersten Male im September 1973 im Parteiprogramm der Republikanischen Volkspartei umrissen, das unter dem Titel *Für bessere Tage* die Pläne dieser Partei im Falle eines Wahlsieges veröffentlichte”. (Faruk Sen, “Türkei — Volkssektor; gemeinwirtschaftliche Elemente im Programm der Republikanischen Volkspartei”, in: Nr. 40, Arbeiten der Abteilung Entwicklungsländerforschung der Friedrich — Ebert — Stiftung, S. 4).

“Hierin wurde die Idee folgendermaßen umrissen: Der Volkssektor setzt sich aus Genossenschaften, Sozialversicherungen, Volksaktiengesellschaften, Organisationen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland, Gewerkschaften und ihren wirtschaftlichen Einrichtungen zusammen. Investitionen der Arbeiter, Angestellten und Bauern, die normalerweise einzeln oder in kleineren Gruppen keine Möglichkeit haben zu investieren, werden vom Staat unterstützt und in jeder Hinsicht gefördert”. (Faruk Sen, ebenda, S. 7).

“Als wichtigste Programmpunkte sind zu nennen:

a) Eine schnellere ökonomische Entwicklung, verbunden mit größerer sozialer Gerechtigkeit innerhalb der demokratischen Gesellschaft;

- b) Kampf gegen Spekulationen und Transaktionen auf Kosten der gesellschaftlichen Entwicklung;
- c) Öffentliche Kontrolle der Bergbauindustrie;
- d) Förderung der Zusammenschlüsse der Bauern genauso wie der Ladenbesitzer, um größere und effektivere Unternehmenseinheiten zu bilden;
- e) Auch bei Beibehaltung einer privaten Wirtschaft ist eine höhere soziale Gerechtigkeit durch den Kampf gegen die Ausbeutung anzustreben.

Für die arbeitende Bevölkerung müssen Instrumente geschaffen werden, um durch Mitbestimmung eine stärkere Partizipation im Produktionsbereich zu erreichen". (Faruk Sen, ebenda, S. 7/8).

"Da der gesamte Volkssektor sich im Stadium der Planung oder der anfänglichen Implementierung befand, kann die Struktur des Volkssektors nur oberflächlich und vorläufig wiedergegeben werden.

- Bestehende Organisationen sollten eingegliedert werden oder neuzuschaffende Organisationen sollten Lenkungsfunction übernehmen.
- Organisationen für den Volkssektor befanden sich entweder noch im Stadium der Planung wie die Holdings und die Banken, oder die Planungen sind schon abgeschlossen, aber das Parlament hatte sie noch nicht genehmigt.
- Eingliederung der Sozialversicherungen als Kapitalsammelstellen in den Volkssektor; Motivierung dieser Unternehmen, im Volkssektor selbst zu investieren; Förderung der türkischen Arbeitergesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland bei ihren Investitionen in der Türkei;
- In jedem Fall bildeten gut organisierte Genossenschaften den Schwerpunkt für den Volkssektor". (Faruk Sen, ebenda, S. 10).

Demzufolge sieht die von der CHP geplante Struktur des *Volkssektors* folgendermaßen aus:

- a) Eingliederung schon bestehender Organisationen:
 - aa) Eingliederung der staatlichen Sozialversicherungen
 - bb) Eingliederung der türkischen Arbeitergesellschaften in der BRD
 - cc) Aufnahme von halbstaatlichen Unternehmen
 - dd) Integrierung der Organisation OYAK¹
 - ee) Integration von bestehenden Genossenschaften

1. Im Jahre 1961 wurde das Projekt 'OYAK' erstmalig realisiert: man zog von den Bruttolöhnen aller Offiziere 5% ab und verwandte diese Gelder zur Absicherung der Sozialfürsorge innerhalb der Führungsschicht des Militärs.

b) Neugründungen:

- aa) Organisationen für Diensttätige IYAK und MEYAK²
- bb) Gründung von Produktivgenossenschaften
- cc) Planung von Volksaktiengesellschaften

(vgl. Faruk Sen, ebenda, S. 11).

“Diese Gesichtspunkte sind auch auf dem letzten Parteitag der CHP Ende November 1976 in Ankara neu durchdacht worden”. (Faruk Sen, ‘Wahlen in der Türkei — Hoffen auf Ecevit’, in: *Die Neue Gesellschaft*, Mai 1977).

Ferner beabsichtigt die CHP die Einführung eines eigenen Arbeiterselbstverwaltungssystems auf der Grundlage des jugoslawischen Modells und des deutschen Mitbestimmungsmodells.

Die Errichtung von Zentraldörfern (Köykent), ein Schwerpunkt im Wahlprogramm der CHP von 1977, vollzieht sich, indem eine bestimmte Anzahl von Dörfern nach Ermittlung des optimalen Zentraldorfes mit Zustimmung aller Dorfbewohner auf ein Zentraldorf verlegt wird. Diese Zentralisierung bietet die Möglichkeit, einige tausend Zentralen mit Dienstleistungen und Infrastruktur zu versorgen, anstatt in 65.000 Dörfern eine Infrastruktur einrichten zu müssen. (vgl. Basbakan Ecevitte Sohbet, Ankara 1974, S. 36).

III. Die Ergebnisse der Wahlen vom 5. Juni 1977 und ihre Analyse

Die Wahlen, von der Bevölkerung häufig als “Schicksalswahlen” bezeichnet, verliefen im Gegensatz zu dem vorher geführten Wahlkampf relativ ruhig.

Insgesamt gaben 15.390.444 Bürger ihre Stimmen ab, von denen 14.758.814 gültig waren. (vgl. *Hürriyet* vom 10.6.77, S. 1). Das bedeutet eine Wahlbeteiligung von 72%, die damit — für türkische Verhältnisse — unerwartet hoch liegt.

Als Sieger ging die Republikanische Volkspartei CHP aus den Wahlen hervor. Sie erhielt von den 450 Sitzen im Parlament 213 und vermehrte so ihre Parlamentarieranzahl von 185 im Jahre 1973 um 28.

Das endgültige Wahlergebnis sieht folgendermaßen aus:

2. Das Konzept ‘MEYAK’ galt der Unterstützung der Beamten, von deren Gehalt man 5% abzog, um diesen Betrag Verkaufsgenossenschaften für die Beamten zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen des Projektes ‘IYAK’ sollten den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ebenfalls 5% ihres Einkommens abgezogen werden, womit man — unter Gewinnbeteiligung der Arbeiter — Investitionen in sozialen Bereichen und in der Schwerindustrie tätigen wollte.

	<i>Wählerstimmen</i>	<i>Wählerstimmen in Prozent</i>	<i>Sitze</i>
CHP	: 6.117.280	41,4%	213
AP	: 5.457.649	36,9%	189
MSP	: 1.271.620	8,6%	24
MHP	: 942.606	6,4%	16
CGP	: 277.059	1,9%	3
DP	: 273.426	1,8%	1
TBP	: 58.319	0,4%	—
TIP	: 20.683	0,1%	—
Unabhängige	: 367.172	2,5%	4

Aus dem Wahlergebnis geht deutlich hervor, daß die beiden großen Parteien AP und CHP einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben. 1973 erzielte die AP mit 31% der Wählerstimmen 148 Sitze, während die CHP 34% der Wählerschaft für sich gewann und damit 186 Abgeordnete ins Parlament schicken konnte. Ursache hierfür dürfte der Umstand sein, daß die türkische Bevölkerung der Koalitionsregierungen überdrüssig ist und für die Zukunft eine Ein-Parteienregierung bevorzugt.

Erfolge hat auch die MHP zu verbuchen, die in den letzten vier Jahren die Anzahl der ihr zufließenden Stimmen verdreifachen konnte, so daß sie heute anstatt drei (im Jahre 1973) sechzehn Sitze im Parlament einnimmt.

Sowohl MHP als auch CHP haben ihren Stimmenzuwachs in nicht unerheblichem Maße den Jungwählern zu verdanken. In diesem Jahr waren 4,5 Millionen Türken zum ersten Mal wahlberechtigt, von denen ein großer Teil entweder der Jugendorganisation "Graue Wölfe" angehörte und daher naturgemäß die MHP gewählt hat oder aber die CHP unterstützt hat. Beide Parteien hatten sich während der letzten Legislaturperiode darum bemüht, das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre herabzusetzen, konnten diesen Vorschlag jedoch nicht durchsetzen.

Die MSP, die als einzige Partei sowohl an Ecevit's als auch an Demirel's Koalitionsregierung beteiligt war, hielt in beiden Regierungen die ökonomischen Ministerien inne, womit sich ihr die Chance bot, ihre Idee, die Türkei ohne ausländische Abhängigkeit zu industrialisieren, zu verwirklichen. Bei den diesjährigen Wahlen mußte die MSP Verluste hinnehmen: ihr Stimmenanteil, der 1973 noch 11,8% betragen hatte, sank auf 8,6%, wodurch sich die Anzahl der von ihr eingenommenen Parlamentssitze von 48 auf 24 reduzierte. (vgl. Kongar Emre, "MSP ve Türkiye' nin toplumsal gercegi", in *Milliyet* vom 22.6.77, S. 2). Das mag darauf zurückzuführen sein, daß Professor Erbakan sich zu oft in Widersprüche verwickelt und damit das Vertrauen seiner Wähler

verloren hat. Außerdem kam es zu Streitigkeiten zwischen den Angehörigen zweier Sekten, die Mitglied der Partei sind.

Größter Verlierer der 1977er Wahlen ist Ferruh Bozbeyli mit seiner Demokratischen Partei, die nur noch über einen Sitz im Parlament verfügt, während sie 1973 noch 49 Sitze einnahm. Nachdem ihr 1973 ca. 10% der Wähler ihre Stimme gegeben hatten, waren es in diesem Jahr nur noch 1,8%. Für diesen großen Verlust der DP ist nicht zuletzt der Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei, Demirel, verantwortlich, der es verstand, durch geschickte Manipulationen etliche Parlamentarier der DP während der letzten zwei Jahre für sich und seine Partei zu gewinnen. Nicht nur die Abgeordneten, sondern auch deren Wähler wechselten daraufhin die Partei.

Die Verluste der Republikanischen Vertrauenspartei und die Mißerfolge der beiden linksorientierten Parteien, TBP und TIP, stellen keine Überraschung dar, sondern wurden in der Türkei seit langem vorhergesehen.

Abschließend bleibt festzustellen, wo die beiden Gewinner dieser Wahlen, die AP und die CHP in regionaler Hinsicht Stimmen gewonnen haben.

Die CHP konnte besonders in den Großstädten Ankara, Istanbul und Izmir einen erheblichen Stimmenzuwachs erzielen. In diesen, wie auch in anderen industrialisierten Städten, findet die Partei ihre Wählerschaft unter der arbeitenden Bevölkerung und den Intellektuellen. Auf dem Land hingegen vermochte die CHP keine so große Wählerschaft für sich zu gewinnen. Hier erzielte vielmehr die Gerechtigkeitspartei große Erfolge, was darauf zurückzuführen ist, daß in den ländlichen Gebieten der Türkei noch immer das Feudalsystem herrscht, das von der AP vertreten wird.

IV. Die Zukunftsaussichten nach den Wahlen

Obwohl Bülent Ecevit mit seiner Republikanischen Volkspartei Sieger der Wahl ist, ändert diese Ergebnis die Situation der Türkei nicht wesentlich. Zwar haben die Sozialdemokraten ihre Stellung im Parlament erheblich verbessern können, so daß die Gerechtigkeitspartei wiederum nur die zweitstärkste Fraktion bildet, jedoch nimmt die MSP erneut die Schlüsselposition zur Bildung einer Regierung ein, eine Rolle, die diese Partei in der Vergangenheit stark genutzt hat, und die sie, wie aus verschiedenen Interviews hervorgeht, auch in Zukunft nutzen wird.

Die Türkei, die vor großen innen — und außenpolitischen Problemen steht, nämlich der Lösung des Zypern-Konfliktes, dem Waffenembargo der U.S.A., der Verbesserung des Assoziationsvertrages mit der Europäischen Gemeinschaft, der hohen Inflationsrate, politischen Unruhen, der Diskrepanz zwischen der Einkommenshöhe innerhalb der Bevölkerung und dem Außenhandelsdefi-

zit, braucht eine stabile und dauerhafte Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen. Das Minderheitskabinett von B. Ecevit konnte Anfang Juli die Vertrauensstimme des Parlaments, die nach türkischen Recht zur Übernahme der Regierung erforderlich ist, nicht für sich gewinnen, ein Umstand, der von allen fortschrittlichen Kräften in der Türkei, aber auch von einem Teil der Industriellen, sehr bedauert wurde.

Somit kam es erneut zu Koalitionsgesprächen zwischen AP, MSP und MHP, die in Kürze eine Regierung, eine neue "Nationalistische Front", bilden werden. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß die Türkei in Zukunft in noch stärkerem Maße zum Faschismus tendieren wird als zur Zeit der ersten "Nationalistischen Front", da die Neo-Faschisten (MHP) nun mit ihren 16 Abgeordneten stärkeren Einfluß in der Regierung ausüben können.